

BISS, Maria Vornholt, Haller Str. 236a, 33334 Gütersloh

BMWI

Herrn Minister Altmaier

Scharnhorststraße 34-37

10115 Berlin



Höchstspannungsfreileitung Trasse #16 – Gütersloh - Wehrendorf

Sehr geehrter Herr Minister Altmaier,

heute wende ich mich an Sie, der Sie unsere Bürgerinitiative BISS - zusammen mit anderen Initiativen in der Bundesrepublik – zu einem Gespräch am 30.11.2018 über den Netzausbau und die Höchstspannungsfreileitungen eingeladen hatten. Zunächst eine gute Idee, machte die Einladung doch den Eindruck, dass man gemeinsam nach Lösungen suchen wollte, in gegenseitigem Respekt, und das Beste für den Bürger beabsichtige. Unsere Bürgerinitiative entsandte Herrn Dr. Siegfried Bethlehem, einen Kommunalpolitiker und pensionierten Direktor des städtischen Gymnasiums Gütersloh. Die Kosten der Bahnfahrt und des Aufenthaltes in Berlin für ein paar Stunden übernahmen wir gern, schien es doch nun voran zu gehen, auch in unserer Sache.

Ihre Äußerung auf dieser Versammlung, *„alles, was der Beschleunigung des Netzausbaus diene, werde von Ihnen befürwortet und genehmigt“*, haben wir als positives Signal verstanden. Der Glaube an Bürgerbeteiligung und Recht bestand.

Daher baten wir um einen weiteren Termin in Ihrem Ministerium, um unsere Situation hier in Gütersloh Isselhorst und Gütersloh Blankenhagen noch einmal vorzustellen und um unseren Vorschlag zur Erdverkabelung noch einmal zu erläutern. Diesen Termin erhielten wir umgehend. Er war für den 11. 04. 2019 von 10 – 12 Uhr angesetzt. Unsere besorgte Anfrage, ob eine mögliche Zugverspätung Konsequenzen für den Termin habe, wir hatten den ersten ICE morgens um 6.30 Uhr gebucht, wurde beruhigend beantwortet, es stünde genügend Zeit zur Verfügung

Herr Dr. Bethlehem (s.o.), Herr Heitmann, Ingenieur bei einer weltweit operierenden Firma aus Harsewinkel und Kommunalpolitiker, Herr Schröder, Seniorchef eines mittelständigen Handwerksbetriebs mit Schwerpunkt „Erneuerbare Energien“ und ehrenamtlich in Sachen Heimatverein sehr aktiv, sowie ich als Sprecherin der BISS, Kommunalpolitikerin und pensionierte Oberstudienrätin, machten uns also auf den Weg nach Berlin.

Dort trafen wir pünktlich um 10.00 Uhr am richtigen Eingang des BMWI ein und wurden in einen Besprechungsraum geführt. Empfangen wurden wir von einem Herrn Dr. Menck, der uns seine Funktion nicht weiter erläuterte, uns aber Herrn Dr. Schöpe ankündigte, der Referatsleiter sei. Dieser fand zu uns mit einer Verspätung von 10 Minuten und gewährte uns ein Besprechungszeitfenster von 20 Minuten, da er einen Anschlusstermin habe. Herr Dr. Menck stünde uns jedoch noch für weitere 20 Minuten zur Verfügung.

In den ersten 20 Minuten durften wir uns vorstellen und unsere Situation kurz darstellen. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten wir durchaus noch das Gefühl, die Herren hätten unsere Situation und die von uns zugesandten Unterlagen zumindest angesehen.

Herr Dr. Schöpe machte in seiner Stellungnahme jedoch sehr schnell deutlich, dass ihn Abstände der vorhandenen Wohnbebauung zur Höchstspannungsfreileitung, ein vorgesehener Leitungsverlauf, der im Widerspruch zum LEP NRW steht, nicht interessiere und zog sich auf die formaljuristische Position zurück, dass das Teilstück der Leitung #16 von Gütersloh nach Halle - Hessel sich bereits im Planfeststellungsverfahren befand, als der LEP NRW geändert wurde im Hinblick auf z. B. Abstände zur Wohnbebauung. Er verabschiedete sich.

In der verbleibenden Zeit erläuterte Herr Dr. Menck uns, dass Sie, Herr Altmaier den Netzausbau als oberste Priorität vorgegeben haben, dem sich alles unterzuordnen hat. Darüber hinaus fügte er hinzu, dass der Gesetzgeber die Entscheidung über die Art des Netzausbaus in die Hand des Netzbetreibers gegeben habe, also die Firma Amprion über unsere Zukunft entscheiden kann. Herr Dr. Menck ergänzte, dass die rechtliche Argumentation der Firma Amprion im Ministerium geteilt werde.

Auf unsere Nachfrage, warum ein AGS – Verfahren keinen Eingang in die Planungen des Netzausbaus fände, beantwortete er damit, dass *er **glaube**, dass die Vertreter der Firma AGS gesagt hätten, dass dieses Kabelverlegeverfahren noch nicht ausgereift genug sei für Höchstspannungsleitungen*.

Der Einwand einer Ungleichbehandlung der Menschen im Bereich Halle- Gütersloh im Vergleich zu den Menschen im Bereich Halle – Borgholzhausen (auch # 16), *„sei nun mal in einem Pilotverfahren normal, Pilotverfahren präjudizierten Ungleichbehandlungen*‘.

*„Und auf einen technischen Fortschritt in der Verlegetechnik zu warten mache überhaupt keinen Sinn, denn technischen Fortschritt gäbe es immer. Wenn man darauf warten wolle, würden ja gar keine Entscheidungen getroffen*‘, so Herr Dr. Menck.

Das Fazit von Herrn Dr. Menck auf meine Frage hin formulierte er sehr lapidar: „Die Freileitung kommt sowieso. Wenn Sie sich damit nicht zufrieden geben, muss am Ende des Tages das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig entscheiden“.

Sehr geehrter Herr Altmaier, verzeihen Sie, dass ich den Verlauf des Gespräches in Ihrem Ministerium in einer solchen Breite dargestellt habe, aber ich glaube nur so habe ich die Chance, dass Sie unsere Unzufriedenheit (vorsichtig formuliert) verstehen.

Bei uns, die wir alle seit Jahrzehnten in der Kommunalpolitik – vielfach ehrenamtlich – tätig sind, hat sich der Eindruck verfestigt, dass hier mit diesem Verfahren Ihres Ministeriums versucht wird, Proteste zu kanalisieren und ins Leere laufen zu lassen. Wir, die wir in der Kommunalpolitik arbeiten, haben für uns alle die politische Arbeit als Dienst am Menschen verstanden und handeln entsprechend. Formaljuristische Argumentationsschienen muss man kennen, sie dürfen aber niemals alleiniges Kriterium für Entscheidungen sein! Mit der Entscheidungsvollmacht, mit der die Firma Amprion durch den „Gesetzgeber“ ausgestattet ist (so Herr Dr. Menck), werden in keiner Weise die Grundrechte und Bedürfnisse der Menschen vor Ort zur Kenntnis genommen und berücksichtigt. Selbst kommunalpolitische Entscheidungen, wie die des Rates der Stadt Gütersloh, des Kreistages des Kreises Gütersloh sowie des Rates der Stadt Bielefeld, finden keinen Eingang in die Überlegungen Ihres Ministerium bzw. der Firma Amprion.

Mein persönliches Fazit zu den Erfahrungen mit Ihrem Ministerium unter Ihrer Leitung muss ich – verzeihen Sie mir meine Offenheit – diesem Brief hinzufügen:

Ihr Versuch, eine Bürgerbeteiligung im Verfahren um den Netzausbau zu ermöglichen, war nur eine vermeintliche Öffnung des Verfahrens. Dabei haben Sie offensichtlich nicht berücksichtigt, dass es sich bei den Menschen in den Bürgerinitiativen auch um denkende Menschen handelt, die merken, wann sie Alibiveranstaltungen dienen sollen.

Wir haben insgesamt drei Termine in Berlin wahrgenommen, zwei davon in der Zeit Ihrer Ministertätigkeit mit einem hohen persönlichen Zeitaufwand und einem hohen finanziellem Aufwand, deren effektiver Nutzen gleich Null war.

Wenn die Überlegungen zu diesem Verfahren derart festgefahren sind, dass wir uns von einem Herrn Dr. Menck erklären lassen müssen, wie ungerecht die Welt ist, dann hätte ich mir gewünscht, dass Sie Ihre Position in einem kurzen Brief erläutern und uns damit die Fahrten nach Berlin erspart hätten.

In der Hoffnung, dass unsere Erfahrungen nicht zur weiteren Politikverdrossenheit führen, werden wir hier vor Ort weiter um unsere Demokratie kämpfen.

Mit freundlichen Grüßen

Maria Vornholt-Schröder

Sprecherin der BISS

### **Kopie an**

Herrn Ralf Brinkhaus, MdB, CDU  
Herrn Raphael Tigges, MdL, CDU  
Frau Elvan Korkmaz, MdB, SPD  
Herr Georg Fortemeier, MdL, SPD  
Stadt Gütersloh, Frau Nina Herling, Stadtbaurätin  
Stadt Gütersloh, Fraktionen der SPD, CDU, FDP, Grünen, Linken, BfGt, UWG  
Kreis Gütersloh, Kreistagsfraktionen